

Nägel mit Köpfen...

...hat die SVP an ihrer DV vom 19. Oktober in Märstetten (TG) gemacht. Sowohl in der Asyl- und Ausländerpolitik als auch in der Finanzpolitik will die SVP einen Kurswechsel herbeiführen.



**Am 24. November:
 JA zur Asylinitiative
 JA zur Revision der
 Arbeitslosenversicherung**

Bundebudget mehr als ungenügend!

Das Ausgabenwachstum geht im Budget 2003 unvermindert weiter

Seite 6

SVP-Asylinitiative setzt Zeichen

Die Asylinitiative bringt eine Anpassung des Schweizer Rechts an europäische Standards

Seiten 8, 9 und 13

10 Jahre SVP St. Gallen

In 10 Jahren vom Nobody zur wählerstärksten Partei - die SVP SG hat Grund zum Feiern

Seite 15



Alle gegen die SVP **Standpunkt**

In rund einem Jahr, am 19. Oktober 2003, finden nationale Wahlen statt. Noch ist es bis dahin ein weiter und beschwerlicher Weg. Beschwerlich darum, weil wir den Kampf weitgehend alleine führen müssen. Die anderen Parteien und ein grosser Teil der Medien erzielen dann die grösste Übereinstimmung, wenn es darum geht, Vorschläge der SVP zu bekämpfen. „Alle gegen die SVP“ - das ist das billige Rezept.

Erstaunlicherweise haben sich mittlerweile selbst die Bundesräte auf diese Ebene begeben. Man ist längst davon abgekommen, Abstimmungsgeschäfte zu erläutern und darüber sachlich zu informieren, wie es Verfassung und Gesetz vorschreiben. Nein: Die Bundesräte stehen nicht mehr als Magistratspersonen über der Sache, sondern haben sich bewusst auf die Ebene der Wahl- und Abstimmungskämpfer begeben. Dadurch gewinnt die Regierung langfristig nicht an Ansehen, sondern sie verliert massiv an Glaubwürdigkeit, weil sie Partei ergreift und so nicht mehr das ganze Volk, sondern nur noch die eine Hälfte vertritt.

Ich denke aus aktuellem Anlass an Frau Bundesrätin Metzler, die im Rahmen einer Pressekonferenz gegen unsere Asylinitiative Stimmung gemacht hat und selbst davor nicht zurückgeschreckt ist, Unwahrheiten und tendenziöse Zahlen zu verbreiten. Dies ist einer Landesregierung nicht würdig. Im Interesse unseres Landes müssen wir den Bundesrat dringend dazu aufrufen, das Volk sachlich zu informieren und billige Propaganda, welche jedes Mal einen Graben durch die Schweiz reisst, zu unterlassen. Es kann nicht Sinn unseres Staatssystems und insbesondere des Kollegialitätsprinzips sein, dass die Parteien gegen die Regierung kämpfen müssen. Diese Auseinandersetzungen sollen die Parteien und Komitees unter sich austragen. ◀

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

Ihr Ja zur Revision bringt die Arbeitslosenversicherung ins Gleichgewicht.

Mit der Revision erhält die Arbeitslosenversicherung eine finanziell gesunde Basis. Die Finanzierung ist langfristig gesichert. Hilfe wird wirksam erbracht. Die Lohnabzüge werden gesenkt. Und unsere Arbeitslosenversicherung ist gegen Arbeitslosentouristen aus dem Ausland geschützt.

SCHWEIZERISCHES KOMITEE «STARKE ARBEITSLSENVERSICHERUNG JA»,
POSTFACH 6136, 3001 BERN. WWW.STARKE-ALV.CH

AM 24. NOVEMBER
ZUR REVISION
DER ARBEITSLSEN
VERSICHERUNG
JA

Für einen Kurswechsel!

Am 19. Oktober beauftragte die Delegiertenversammlung in Märstetten (TG) die Bundeshausfraktion, bei der Revision des Asylgesetzes, bei der Beratung des neuen Ausländergesetzes und im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit für EU-Bürger, neue SVP-Anliegen einzubringen (s. Seite 5). Ausserdem wurde zur Finanzpolitik ein Forderungskatalog verabschiedet (s. Seite 4). Es geht nicht an, dass die Bundesausgaben viel stärker wachsen als die Einnahmen, und dass der Schuldenberg immer weiter aufgehäuft wird.



► Was wohl auf dem Podium im Mittelpunkt des Interesses stand?: (v.l.n.r.) Nationalrat und Vizepräsident Toni Brunner, Vizepräsidentin Cornelia Stamm Hurter und Generalsekretär Gregor A. Rutz



► Die Ansprache von NR Ueli Maurer sorgte im Saal für gute Stimmung: Im Bild die Zürcher Nationalräte Bruno Zuppiger (l.) und Ernst Schibli.



► Auch die Parteiprominenz half beim Service mit: Der Thurgauer Finanzdirektor Roland Eberle beim Einkassieren...



► An der hervorragend organisierten Delegiertenversammlung war auch für Unterhaltung gesorgt: Die "Apple Dancers" in Aktion!



► Treten der Zürcher Parteisekretär Claudio Zanetti (l.) und sein Stellvertreter Reinhard Wegelin demnächst in die SVP AR über?

SVP Forderungskatalog: "Schluss mit der Schuldenwirtschaft!"

Die Finanzen der öffentlichen Hand sind in einem katastrophalen Zustand: In den letzten zehn Jahren haben sich die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden mehr als verdoppelt. Kein anderes Land hat die Steuern und Abgaben in den vergangenen Jahren so stark erhöht wie die Schweiz.

Parlament und Bundesrat haben beim Umgang mit den Bundesfinanzen vollkommen versagt. Nun hat der Bundesrat sogar das Budget 2003 zurückziehen müssen, weil es auf völlig unrealistischen Konjunkturprognosen beruhte. Auch der Finanzplan muss überarbeitet werden.

Mit dem Ziel, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, das Ausgabenwachstum zu bremsen, den Schuldenberg abzutragen und Bürger, Gewerbe und Wirtschaft von der Flut an Steuern und Zwangsabgaben zu entlasten, hat sich die Finanz- und Steuerpolitik der Eidgenossenschaft nach folgenden Grundsätzen auszurichten:

1. Die Ausgaben haben sich nach den Einnahmen zu richten.

- Das Ausgabenwachstum darf die Teuerung nicht überschreiten.
- Die vom Volk beschlossene Schuldenbremse ist strikte zu beachten.
- Innerhalb der nächsten 2 Jahre sind die Ausgaben um 2,15 Milliarden zu senken. Mittels einer Straffung der Bundesaufgaben ist sicherzustellen, dass die Staatsquote bis zum Ende der nächsten Legislatur auf das Niveau von 1990 (10%) zurückgeführt werden kann. Der Staat darf keine Aufgaben übernehmen, welche Private ebenso gut oder besser erfüllen können.
- Die Mitspracherechte des Volkes sind zu stärken: Varianten zur Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene sind auszuarbeiten.
- Die bundeseigenen Propaganda- und Indoktrinationsapparate sind zu beseitigen.

2. Die Steuern sind zu senken, damit dem Einzelnen mehr zum Leben bleibt.

- Das Steuerpaket ist nach der ausführlichen Version Nationalrat in der Höhe von 2,8 Mia. Franken umzusetzen.
- Dringend ist zudem ein zweites Steuerpaket zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmungen und Gewerbe an die Hand zu nehmen.
- Bis zum Inkrafttreten der Familienbesteuerungsreform ist allen Familien mit Kindern ein jährlicher Steuerrabatt von 10% auf den direkten Bundessteuern zu gewähren.
- Um der Landwirtschaft die Anpassung an die neuen Marktverhältnisse rasch zu ermöglichen, sind Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich von der Mehrwertsteuer zu befreien.

3. Es dürfen keine neuen Steuern, Gebühren und Abgaben erhoben werden.

- Neue Steuern und Zwangsabgaben wie z.B. Energieabgaben, eine CO₂-Abgabe, Road Pricing usw. sind klar abzulehnen.
- Die Fiskalquote ist bis zum Ende der nächsten Legislatur von heute fast 36% auf den Stand von 1990 (30,9%) zurückzuführen. Eine Senkung der Mehrwertsteuer ist nicht auszuschliessen.

4. Der Wildwuchs von Gebühren und Abgaben ist zu bekämpfen.

- Für staatlich vorgeschriebene Amtshandlungen dürfen keine Gebühren erhoben werden.
- Wo Steuern und Gebühren parallel erhoben werden, sind die Steuern entsprechend zu senken („entweder/ oder“).
- Auf kantonaler und kommunaler Ebene ist die Höhe von Gebühren und Abgaben in referendumsfähigen Erlassen klar und abschliessend zu regeln bzw. zu beziffern.

5. Die Schulden des Bundes sind abzutragen und auf dem tieferen Niveau zu stabilisieren.

- Sondererträge des Bundes (z.B. Verkauf von Beteiligungen) sind ausschliesslich zur Schuldentilgung zu verwenden.
- Die Staatsquote des Bundes ist bis zum Ende der nächsten Legislatur von 11,9% auf das Niveau von 1990 (10%) zurückzuführen.
- Alle Vorlagen, die zu einem Anstieg der Staatsquote führen, sind konsequent abzulehnen.

6. Der Finanz- und Wirtschaftsplatz Schweiz muss gestärkt werden.

- Die Wirtschaft muss wachsen und nicht der Staat! Die Aufblähung der Bürokratie ist zu bekämpfen und Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsplatz Schweiz sind so zu gestalten, dass ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2% erreicht wird.
- Das Bankkundengeheimnis ist zu wahren. Es ist in der Bundesverfassung zu verankern.
- Wir wehren uns gegen die schleichende Ausdehnung der EU-Steuerhoheit auf die Schweiz. Jede Art von Zahlstellensteuer mit oder ohne Meldepflicht ist entschieden abzulehnen.
- Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen ist zu stärken.

Die SVP-Delegierten beauftragen die Parteileitung mit der Ausarbeitung eines Grundsatzpapiers zur Finanz- und Steuerpolitik sowie eines entsprechenden Konzeptes zur konkreten Umsetzung, das im ersten Halbjahr 2003 von den Delegierten genehmigt werden soll. ◀

Auftrag an die eidg. Fraktion der SVP

Die Delegierten der SVP Schweiz halten fest:

Asyl- und Ausländerpolitik sind zu trennen:

- Das Asylgesetz befasst sich mit der Regelung der Aufnahme von Personen, die an Leib und Leben bedroht sind.
- Das Ausländergesetz befasst sich mit der Rekrutierung von Arbeitskräften und der Regelung der Zuwanderung.
- Es geht nicht an, benötigten ausländischen Arbeitskräften den Zutritt zur Schweiz zu versperren, um Stellen für Wirtschaftsflüchtlinge offen zu halten.
- Arbeitskräfte rekrutieren heisst nicht die Tore zur Zuwanderung öffnen. Die Schweiz braucht mehr befristete Arbeitsverträge ohne Familiennachzug.
- Kriminelle Asylsuchende haben ihr Recht auf Asyl verwirkt.

Die Delegierten beauftragen die eidgenössische Fraktion, diese Grundsätze bei den aktuellen asyl- und ausländerpolitischen Vorlagen wie folgt umzusetzen:

➤ Auftrag zur Asylgesetzrevision

Rückweisung zur Überarbeitung mit dem Auftrag, Regelungen einzuführen zur

- Bekämpfung des Asylrechtsmissbrauchs
- (Drittstaatenregelung gemäss Formulierung der Initiative; keine integrative/humanitäre Aufnahme, keine Beschränkung der Ausschaffungshaft),
- Kürzung der Verfahrensdauer (zwingende Fristen),
- Senkung der Kosten,
- Ausschluss von kriminellen Asylbewerbern vom Verfahren.

➤ Auftrag zum neuen Ausländergesetz (AuG)

Folgende Korrekturen sind anzubringen:

- Keine Diskriminierung von Berufsgruppen/Qualifikationen durch Ausschluss von sog. unqualifizierten Arbeitnehmern aus dem Nicht-EU-Raum
- Schaffung eines Kurzzeitarbeiterstatus ohne Familiennachzug
- Verankerung griffiger Wegweisungsregelungen für kriminelle Ausländer

Werden die Forderungen der SVP-Fraktion nicht erfüllt, sind die Vorlagen in der Schlussabstimmung abzulehnen. Sodann ist ein Referendum zu prüfen.

➤ Auftrag zu den bilateralen Verträgen I (Personenfreizügigkeit)

Nachdem die bilateralen Verträge I in Kraft sind, wird die Fraktion beauftragt, die Entwicklung genau zu beobachten und den Delegierten regelmässig Bericht zu erstatten, namentlich in Bezug auf:

- die Bevölkerungsentwicklung
- die Kosten für die Sozialversicherungen (insbesondere ALV und KVG)

Ist es auf Grund der Entwicklungen notwendig, wird die Delegiertenversammlung das Referendum ergreifen, welches im Vertragstext nur dank der SVP als Notbremse sieben Jahre nach Inkrafttreten der Verträge vorgesehen wurde. Bis Ablauf dieser Frist ist die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf neue Mitgliedsstaaten abzulehnen. ◀

*Am Anfang
jeder starken Werbung
steht das Inserat!*

Gerne senden wir Ihnen unverbindlich
den aktuellen SVPja-Inseratetarif!
Telefon 031 302 58 58 oder svpja@svp.ch





Bundesbudget mehr als ungenügend!

Der Bundesrat hat als Reaktion auf die harsche Kritik der SVP am Budget 2003 und am Finanzplan 2004-2006 die Überarbeitung des Budgets angekündigt. Die versprochenen Einsparungen von 320 Millionen reichen jedoch bei weitem nicht aus. Die SVP fordert, dass kurzfristig mindestens 1 Milliarde eingespart wird. Gleichzeitig ist aufgrund der schlechten Wirtschaftslage erst recht an den Steuersenkungen für Familien und Unternehmungen festzuhalten.

Das Budget 2003 weist einmal mehr ein Ausgabenwachstum aus, das weit über der Teuerung liegt. Obschon das Volk die Schuldenbremse haushoch angenommen hat, haben Bundesrat und Parlament bisher auf einen radikalen Kurswechsel in der Finanzpolitik verzichtet. Rückblickend stellt die SVP fest, dass in den Jahren 1999 bis 2003 die Ausgaben des Bundes um rund 19% gestiegen sind, was in keinem Verhältnis zur realen Teuerung steht. Die versprochenen Korrekturen auf der Ausgabenseite von 320 Millionen Franken bewirken keine Kursänderung.

Sparpotenzial von mind. 1 Milliarde Franken

Angesichts dieses Voranschlags fordert die SVP mit Nachdruck, dass dringend ein Programm zur Sanierung des Bundeshaushalts aufgelegt werden muss. Die SVP hat dazu bereits Mitte September 2001 Dutzende konkreter Vorschläge im Umfang von über einer Milliarde gemacht, die von den anderen Parteien rundum abgelehnt wurden. Die SVP Fraktion hat deshalb auch schon den Voranschlag 2002 an den Bundesrat zurückgewiesen und ihn beauftragt, die Staatsquote wie seit langem anvisiert nun endlich auf 10 % zu senken.

Die SVP sieht kurzfristig ein Sparpotential von mindestens 1 Milliarde Franken. Alle Departemente haben dabei den Gürtel enger zu schnallen. Insbesondere gilt dies im Bereich der Personal- und Sachausgaben. Im übrigen handelt es sich nicht etwa um einschneidende Kürzungen, sondern um das Abschneiden alter Zöpfe, die Beachtung ordnungspolitischer Grundsätze, die Optimierung von Ressourcen, um mehr Sorgfalt bei der Ausschüttung von Subventionen oder etwa um die Beachtung föderalistischer Strukturen.

Bereiche	Kosten Voranschlag 2003	Sparpotential
Nach Hauptsachgruppen		
Personalausgaben	4'532 Mio. (+226 Mio.)	- 250 Mio.
Sachausgaben	3'159 Mio. (5,3%)	- 150 Mio.
Nach Departementen		
Behörden und Gerichte	52 Mio. (+ 0,5 Mio.)	- 10 Mio.
EDA	1'892 Mio. (+ 104 Mio.)	- 100 Mio.
EDI	16'031 Mio. (+ 847 Mio.)	- 140 Mio.
EJPD	1'476 Mio. (+ 51 Mio.)	- 80 Mio.
VBS	4'856 Mio. (+ 5 Mio.)	- 50 Mio.
EFD	13'185 Mio. (+ 424 Mio.)	- 50 Mio.
EVD	5'743 Mio. (+ 6 Mio.)	- 120 Mio.
UVEK	8'409 Mio. (- 907 Mio.)	- 50 Mio.

Mehrausgaben finden sich im neuen Bundesbudget 2003 vor allem auch im Personalbereich. Einen beachtlichen Posten stellt dabei die Schaffung

neuer Teilzeitstellen dar. Die Einrichtung eines neuen Arbeitsplatzes lässt sich der Bund im Schnitt 150'000 Franken kosten. Für unzumutbar hält er offensichtlich, dass sich Teilzeitangestellte einen Arbeitsplatz teilen. Eine massive Erhöhung der Aufwendungen ist auch für die Dienstleistungen Dritter zu verzeichnen. Diese Kosten setzen sich vor allem aus externen Beratungen und Ausbildung des Bundespersonals und der grossen bundesrätlichen Propagandamaschinerie (unzählige Hochglanzprospekte insbesondere auch im Hinblick auf Abstimmungen) zusammen. In diesen zwei Hauptsachgruppen sieht die SVP Budgetkürzungen von mindestens 400 Millionen Franken.

Sparpotential sieht der Bundesrat einmal mehr beim privaten Verkehr, obwohl das Geld im Strassenfonds durch die Mineralölsteuern bereits zweckgebunden zurückgestellt ist. Der Strassenfonds verfügt bereits über 3,703 Milliarden Franken und soll bis



► Nationalrat Bruno Zuppiger, Hinwil (ZH)

aus Sicht der SVP zu unterlassen. Gerade in wirtschaftlichen schwierigen Zeiten auch für die Baubranche sind die Ausgaben für den Betrieb, Unterhalt und Bau von Nationalstrassen gegenüber dem Vorjahr nicht zu kürzen sondern gleich zu behalten. Nicht verwunderlich ist hingegen, dass die Beiträge des Bundes an den öffentlichen Verkehr massiv um 193 Millionen (+4,8 %) ansteigen.

Die SVP erwartet gespannt das neue, überarbeitete Budget des Bundesrates. Sie hofft, dass - auch wenn der Bundesrat nicht den nötigen Mut aufbringt und vor allem die dringend notwendige Verantwortung nicht übernimmt, um die Schweiz aus der Abwärts Spirale immer noch röterer Zahlen heraus zu führen - das Parlament, das heisst insbesondere die bürgerlichen Parteien, mit ihren Versprechungen, sparen zu wollen, für einmal ernst machen. ◀

Ende 2003 um weitere 86 Millionen Franken anwachsen. Dieses Vorgehen entspricht nichts anderem als einer reinen Budgetkosmetik und ist



Schluss mit leeren Versprechungen!

Er habe die „Lage im Griff“, versprach Arnold Koller vor der Abstimmung zur ersten SVP-Asylnitiative (1996). Der Bundesrat versicherte dem Volk, die Asylgesuchzahlen würden abnehmen. Heute stellen wir fest: Nichts als leere Versprechungen! Nach wie vor geschieht nichts. Auch Bundesrätin Metzler scheint mit der Asylproblematik hoffnungslos überfordert zu sein.

Der Bundesrat hat das Volk an der Nase herumgeführt: Die Asylmisere ist so schlimm wie nie zuvor. Die Schweiz hat am meisten Asylgesuche pro Kopf in ganz Europa. Nur jeder zehnte Asylant ist ein echter Flüchtling. Während die umliegenden Länder ihre Asylgesetzgebung laufend den Umständen anpassen, träumen Bundesrat und Parlament weiter und steigern so die Attraktivität der Schweiz als Zielland. Konkrete Massnahmen werden keine getroffen. Die Asylprobleme kosteten uns in den letzten 10 Jahren über 10 Milliarden Franken allein auf Bundesebene - zusätzliche Kosten in Kantonen und Gemeinden nicht einberechnet. So kann es nicht weitergehen: Jetzt muss das Volk handeln!

Einzig mit der SVP-Asylnitiative erreichen wir, dass die Fürsorgekosten für abgewiesene Asylbewerber nicht weiter explodieren und unsere medizinische Infrastruktur nicht weiter ausgenutzt wird. Nur mit der SVP-Initiative können wir eine echte Drittstaatenregelung durchsetzen. So können wir den Asylrechtsmissbrauch eindämmen und die Zahl der Asylverfahren drastisch senken. Weniger illegale Einwanderer bedeutet weniger Kriminalität. Mit einem Ja am 24. November haben wir es in der Hand. ◀

Gregor A. Rutz, Generalsekretär

NO LIMITS FÜR «LIMITED».



30
YEARS
4WD
SUBARU

DER NEUE LEGACY 2.5 4WD «LIMITED», AB FR. 40'300.- NETTO.

Der «Limited» heisst zwar Limited. Dabei bietet er alles, was ein Auto bieten kann. Zu einem Preis, der alle anderen unterbietet. Erleben Sie Fahrspass total. Geniessen Sie seinen Anblick. Freuen Sie sich auf Leistungs-, Sicherheits- und Komfortmerkmale à discrétion: 156 PS, 4 Airbags, ABS, Fahrdyna-

mik-Regelung (5-türig), 4WDmatic, Klimaanlage mit Pollenfilter, el. Schiebedach, Multi-Link-Aufhängung, Lederinterieur (partiell) und ein paar attraktive Neuheiten innen und aussen. Fr. 40'300.- netto (4-türig). Fr. 41'900.- netto (5-türig). 4x4-Vorsprung, 3-Jahres-Garantie und hoher Wiederverkaufswert inkl.



JUSTY 4WD, 3-/5-türig
Abb.: 1,3 l, 85 PS, 3-türig
Fr. 17'750.- netto



IMPREZA 4WD, 4-/5-türig
Abb.: 1,6 l, 95 PS, 5-türig,
Fr. 23'900.- netto



FORESTER 4WD, 5-türig
Abb.: «Advantage», 2,0 l,
125 PS, Fr. 28'500.- netto



LEGACY 4WD, 4-/5-türig
Abb.: «Swiss», 2,0 l, 125 PS,
5-türig, Fr. 30'800.- netto



OUTBACK 4WD, 5-türig
Abb.: 2,5 l, 156 PS,
Fr. 37'200.- netto



SUBARU
Active Driving, Active Safety

Es braucht die SVP-Asylinitiative!

Kaum ein anderes Land ist so weltoffen und menschenfreundlich wie die Schweiz. Doch was ist passiert, dass begonnen wurde unsere eigenen Werte und unsere Heimat in Frage zu stellen?

Bedeutet dies erneut ein Streben nach einer multikulturellen Gesellschaft oder ist es Resignation im zunehmenden Chaos der uneingeschränkten Zuwanderung?

te, haben jüngste Berichte von extremistischen Organisationen, die auch in unserem Land Unterschlupf gefunden haben, gezeigt. Die übertriebene Grosszügigkeit gegenüber Asylsu-



Bild: Floreza Mafri, spb

► **Ausschaffung von rumänischen Roma: Die SVP Asylinitiative zwingt den Bundesrat zum raschen Handeln**

Was ist aus dieser einst grossen Tradition unseres Landes geworden, echten Flüchtlingen Asyl zu gewähren? Die Schweiz ist heute ein Einwanderungsland ohne Grenzen. Über 7 Millionen Menschen drängen sich auf dem Viertel des bewohnbaren Bodens des Schweizerlandes und es kommen immer mehr!

Unfrieden

Durch die verschiedenen Ethnien und die multikulturelle Vielfalt entstand eine zunehmende Einengung. Zu viele Predigten von Toleranz, Schuld und einseitiger Integration nimmt dem Schweizer Volke immer mehr den Atem. Man ist sogar soweit gegangen, dass die Zugewanderten auch ihre kulturellen Eigenarten bei uns pflegen dürfen. Dass dies zu einer Bedrohung gegen die Schweiz werden könn-

chenden und anderen Kulturkreisen fordert ihren Tribut.

Missbrauch

Offenbar hat Bern kapituliert. Die Zuwanderung geht uneingeschränkt weiter, der Balkan liefert noch immer die höchsten Zahlen, obwohl sich die Verhältnisse in diesem Gebiet längst wieder normalisiert haben, und diese Länder wieder aufgebaut werden sollten. Immer mehr junge, ledige Männer aus afrikanischen Staaten ersuchen neuerdings um Asyl. Viele wollen jedoch nur schnell zu Geld kommen, dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Dass sie mit diesem Verhalten den echten Asylsuchenden schaden, interessiert sie nicht. Jeden Tag kommen über 90 Personen unterschiedlicher Herkunft illegal über die Grenze, nur 10 % von ihnen sind wirkliche, echte Flüchtlinge.

Kosten

Über 10 Milliarden Franken hat Bern für das Asylwesen in den letzten rund 10 Jahren ausgegeben. Gutes Geld wofür man in den Herkunftsländern ein Vielfaches helfen könnte, und zwar jenen Menschen, die wirkliche Hilfe brauchen. Zudem könnte die illegale Einwanderung stark gemässigt werden, wenn man davon 10 Millionen für besseren, verstärkten Grenzschutz verwenden könnte.

Hilflos

Eine ungewohnte Hektik macht sich in Bundesbern und im Bundesamt für Flüchtlinge breit. Direktor Gerber will jetzt plötzlich Fürsorgegelder kürzen, um Asylmissbräuchen vorzubeugen. Das ist nur eine Taktik, das Volk zu beruhigen denn - das weiss auch Herr Gerber - es braucht eine Gesetzesänderung zur Kürzung dieser Gelder! Unwahrscheinlich schnell werden die von Schleppern ins Land geschleusten Roma ausgeschafft! Asylgesuche von Afrikanern werden plötzlich bevorzugt bearbeitet.

Die grosszügige Haltung der Schweiz hat sich bis in die hinterste Ecke der Welt herumgesprochen. Die Hilflosigkeit des BFF, wachsende Pendenzenberge etc. haben dazu geführt, dass neue Kategorien im Asylbereich geschaffen wurden, weil man resigniert hat. Die Kategorie „humanitär Aufgenommene“ besteht vorwiegend aus Leuten, die sich aus verschiedenen Gründen nicht ausschaffen liessen. Dies führt dazu, dass unser Land noch mehr überschwemmt wird, nicht nur von den Asylsuchenden selbst, sondern für den in der Folge bewilligten Familiennachzug. Bundesrätin Metzler will jetzt wieder vermehrt aktiv werden, wie sie



► **Grossrätin Sylvia Flückiger-Bäni, Schöftland (AG)**

selber in einem Interview sagt. Sie meint damit, die SVP-Asylinitiative zu bodigen, damit ihr der Sitz im Bundesrat gesichert bleiben soll. Ein edles Ansinnen? Um wie viel edler wäre es, sich einmal um die Eskalation im Asylwesen ernsthaft zu kümmern und die Bedenken des Schweizer Volkes ernst zu nehmen, wofür sie eigentlich gewählt wäre, und endlich griffige Massnahmen zu veranlassen. Stattdessen kommt eine erneut zahnlose Revision des Asylgesetzes aufs Tapet und wird als Gegenvorschlag zur SVP-Asylinitiative gepriesen.

Einzig Lösung

Das Volk ist aufgerufen zu handeln. Ohne Druck werden keinerlei Massnahmen ergriffen, um wieder Ordnung und eine Asylpolitik in unserem Land herzustellen, die diesen Namen auch verdient.

Ja zur Asylinitiative der SVP: Das bedeutet weniger Asylrechtsmissbrauch, weniger Asylgesuche und -verfahren, weniger illegale Einwanderer, weniger Kriminalität und weniger Kosten im Asylbereich. Diese Initiative ist die letzte Chance, die Schweizerische Asylpolitik in die richtigen Bahnen zu lenken und ein Chaos zu verhindern. Und nicht zuletzt wird so Raum geschaffen für die echten Flüchtlinge, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. ◀



SVP-Asylinitiative im Vergleich

Am 24. November wird das Schweizer Stimmvolk über eine SVP-Initiative abstimmen, die dem Asylrechtsmissbrauch einen Riegel schieben will. Die Initiative wird von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe jedoch als „extrem“ und „menschenverachtend“ abgestempelt. Ein Vergleich mit dem Ausland zeigt indes, dass die Initiative der SVP keineswegs über die strengen Asylrechtsgesetzgebungen in den umliegenden Staaten hinausgeht.

Mit der Abschaffung der internen Grenzkontrollen im Rahmen von Schengen begann auch innerhalb der EU die Debatte um die Verschärfung des Asylrechts. Seither bemüht man sich laufend um schärfere Kontrollen im Ausländer- und Asylbereich. Am Gipfeltreffen von Sevilla wurde u. a. beschlossen, all jenen Ländern, welche sich bei der Rücknahme von Asylbewerbern unkooperativ zeigen, die Entwicklungshilfe zu kürzen. In den nächsten 5 Jahren soll auch ein europäisches Grenzschutzkorps entstehen, das die EU-Aussengrenze lückenlos überwacht.

Verschärfungen in Europa

Am 1. Juli 2002 wurde in Dänemark eine Asylrechtsrevision in Kraft gesetzt. Demgemäss erhalten Kriegsdienstverweigerer kein Asyl mehr. Das Bleiberecht aus humanitären Gründen sowie der bisherige Rechtsanspruch auf Wohnraum nach Gewährung von Asyl wurden abgeschafft.

Auch in Holland wird das Asylrecht massiv verschärft. Wer sich fortan illegal im Lande aufhält, wird strafrechtlich verfolgt und eingesperrt. Migranten ohne Papiere bleibt eine Zeit von drei Monaten, um ihre Identität zu belegen,

bevor sie abgeschoben werden. Nachziehende Kinder dürfen künftig nur noch 12 statt 18 Jahre alt sein.

In Italien wurde anfangs Juni beschlossen, bei der Sicherung der Grenze künftig auch die Marine einzusetzen und in Frankreich wird das Asylrecht per 1. Januar 2003 verschärft.

Das Londoner Innenministerium hat gar ein Video drehen lassen, das Asylbewerber mit der unangenehmen Seite der Briten und deren verregnetem Inselwetter abschrecken will. Das britische Asylgesetz von 1999 sieht vor, dass Asylbewerber kein Bargeld, sondern nur Essens- und Kleidergutscheine erhalten. Neu will man mit Hilfe der Luftwaffe, dem Einsatz der Kriegsmarine sowie mit verkürzten Asylverfahren Massenabschiebungen ermöglichen.

SVP-Drittstaatenregelung gängig

Österreich hat 1997 eine strikte Drittstaatenregelung eingeführt. Die Behörden prüfen, ob ein Asylsuchender direkt aus einem Verfolgerstaat kommt. Wer diese Voraussetzung nicht erfüllt, erhält grundsätzlich keine Aufenthaltsberechtigung. Auch bei einem Asylan-

trag im Inland führt ein blosser Transitaufenthalt in einem sicheren Drittstaat zur Abweisung des Gesuches. Aufgrund einer soeben erfolgten Verschärfung werden in Österreich nur noch jene Asylbewerber vom Staat versorgt, die über Papiere verfügen, Aussichten auf einen positiven Ausgang des Verfahrens haben und mittellos sind.

Deutschland schliesslich hat sein Asylrecht bereits im Jahre 1993 verschärft. Wer aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, kann sich nicht mehr auf das Grundrecht auf Asyl berufen. Damit will Deutschland zwar politisch Verfolgten weiterhin Schutz und Zuflucht gewähren; diejenigen Asylbewerber aber, welche des asylrechtlichen Schutzes nicht bedürfen, weil sie nicht oder nicht mehr verfolgt sind, will Deutschland von einem langwierigen Asylverfahren und von einem Aufenthalt im Bundesgebiet ausschliessen.

Leere Versprechungen des Bundesrates

Diese Beispiele zeigen, dass sowohl auf europäischer Ebene als auch die einzelnen Mitgliedstaaten ihre Asyl- und Ausländergesetze trotz bestehender völkerrechtlicher Verträge laufend verschärfen. Nur die Schweiz zieht in ungenügender Weise nach. Unser geltendes Asylrecht gewährt den Asylsuchenden trotz Aufenthalt in einem sicheren Drittstaat in der Regel mindestens ein Asylverfahren. Ebenso kommen Asylsuchende sofort in den Genuss von Sozial- und vollen medizinischen Leistungen. Der Bundesrat hat zwar immer wieder versprochen, entsprechend zu handeln, doch geschehen ist bisher



► Nationalrat Caspar Baader, Fraktionspräsident, Gelterkinden (BL)

noch nichts. Das Resultat dieser leeren Versprechungen schlägt sich in den Statistiken nieder, wo die Schweiz einen Spitzenplatz einnimmt, was die Anzahl der Asylsuchenden pro Kopf anbelangt.

Jetzt muss das Volk handeln

Die Volksinitiative der SVP sieht die Einführung einer Drittstaatenregelung vor, wie Deutschland sie praktiziert. Ebenso soll die Ausnutzung unsers medizinischen Netzes verhindert und die staatlichen Fürsorgeleistungen für abgewiesene Asylbewerber eingeschränkt werden.

Die Initiative „gegen den Asylrechtsmissbrauch“ ist keineswegs „rechtslastig und vernagelt“, wie dies die Gegner behaupten. Sie will lediglich den verheerenden Missbrauch unseres Asylrechts bekämpfen. An der humanitären Tradition unseres Landes wird nicht gerüttelt. Diese kann vielmehr mit der Annahme der Initiative erst Aufrecht erhalten werden. ◀

Stimmen auch Sie am 24. November JA zur Asylinitiative

SVP - die treibende Kraft

Parteien haben landläufig den Ruf, ein Sammelbecken für die Etablierten und Privilegierten zu sein. Wer gesellschaftlich vorwärtskommen will, schliesst sich mit Vorliebe einer grösseren Partei aus der sogenannten „Koalition der Vernunft“ an. Anders ist dies bei uns in der SVP.

Bei uns in der SVP bringen sich breite Schichten des Mittelstandes in die Partei ein. Dies nicht in erster Linie aus Prestige Gründen, sondern vielmehr aus der Erkenntnis, dass unsere schweizerischen Er rungenschaften auf dem Spiel stehen und dass vieles in die falsche Richtung läuft.

► Freie Unternehmer und engagierte Gewerbetreibende kämpfen gegen die immense Gesetzesflut und für den Abbau der Bürokratie.

► Selbständige Bauern kämpfen für mehr unternehmerische Freiheiten und eine vielfältige einheimische Landwirtschaft.

► Arbeitnehmer kämpfen für weniger Steuern, gegen versteckte Abgaben und für die Erhaltung der Volksrechte.

► Immer mehr Junge bekennen sich zur SVP, weil sie erkennen, dass unsere Partei noch die Einzige ist, die hin-

steht für unser Land.

► Rentner stehen zur SVP, weil sie erkennen, dass unsere Sozialwerke nur dann gesichert sind, wenn die Wirtschaft blüht und neue Begehrlichkeiten in die Schranken gewiesen werden.

Politisiert wird in der SVP mit mehr Herzblut als anderswo. Wir gehören nicht einfach irgendeiner Partei an. Die SVP ist eine Bewegung Gleichgesinnter, die sich untereinander auch menschlich gut verstehen. Dies spüren wir an jeder Delegiertenversammlung, dies spüren wir auch bei vielen anderen Parteianlässen. Ob ich nun im Münstertal im Kanton Graubünden bei der örtlichen SVP bin oder ob ich im bernischen Müntschemier eine Sektion besuche, man spürt ganz einfach, dass wir SVPler die gleiche Wellenlänge haben. Damit erst ist die Voraussetzung geschaffen, um mit grossem Einsatz und viel Lust für unsere Anliegen zu

kämpfen.

Dort altbewährt - da jung und dynamisch

Zum einen gibt es die SVP als bewährte und staatstragende Kraft in denjenigen Kantonen, in der sie seit vielen Jahrzehnten besteht. So ist z.B. der Wirtschaftsgürtel der Deutschschweiz fest in SVP-Händen. Zum anderen kennen wir die SVP als junge und aufstrebende Kraft in denjenigen Kantonen, in denen sie erst in den letzten 10 Jahren gegründet oder reaktiviert wurde. Nach den euphorischen Anfangszeiten ist jetzt die Zeit der Konsolidierung, des weiteren Wachstums und des Ausbaus angesagt.

Die konsequente Politik der SVP trägt durchaus Früchte: Es ist ein Erfolg der SVP als treibende Kraft, dass die ewige Diskussion rund um den EU-Beitritt vom Tisch ist. Es ist der Erfolg der SVP als treibende Kraft, dass der Bundesrat nur gut einen Monat vor der Abstimmung über unsere SVP-Volksinitiative gegen den Asylrechtsmissbrauch die Verschärfung des Asylrechts ankündigt.

Daher gibt es nur einen Weg,



► Nationalrat Toni Brunner, Ebnat-Kappel (SG)

die anderen bürgerlichen Parteien wieder auf den rechten Kurs zu bringen. Wir müssen noch stärker werden. Dadurch beeinflussen wir auch die Politik der anderen Parteien. Je stärker wir werden, desto ähnlicher wird die Politik der anderen und desto besser können wir wieder unseren Anliegen zum Durchbruch verhelfen. Erst wem die Felle davonschwimmen, der besinnt sich auf die wahren Werte. Darum müssen wir im wahrsten Sinne des Wortes unsere Position als treibende Kraft in naher Zukunft noch markant ausbauen. ◀

Auszug aus dem Referat von Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Kt. SG von der DV vom 19. Oktober in Märstetten

Impressum SVPja

Herausgegeben von der Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung:

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Postadresse:

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26
Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Abonnementspreise:

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Bankverbindung:

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

siehe Adresse "Druck"



Neue Abgaben bereits ab 2004?

Gemäss dem CO₂-Gesetz ist der Bundesrat ermächtigt, frühestens ab 2004 eine CO₂-Lenkungsabgabe einzuführen, wenn absehbar ist, dass die Reduktionsziele sonst nicht erreicht werden.

Der Abgabesatz beträgt höchstens 210 Fr. pro Tonne CO₂, was zum Bsp. beim Benzinpreis eine Erhöhung um 50 Rp. pro Liter bedeuten würde. Die Höhe der CO₂-Abgabe muss von der Bundesversammlung genehmigt werden.

In Art. 9 des CO₂-Gesetzes ist festgehalten, dass Verbraucher grosser Mengen fossiler Brennstoffe von der Abgabe befreit werden können, wenn sie sich verpflichten die CO₂-Emissionen zu begrenzen oder wenn sie in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden. Als Folge davon wurde die Energieagentur der Wirtschaft mit dem Ziel gegründet, Branchen oder Einzelunternehmen durch freiwillige Reduktionsmassnahmen von der künftigen Abgabe zu befreien.

In einer Zwischenbilanz schätzt die Agentur, dass das Ziel der Befreiung ihrer Mitglieder von der Abgabe mit aller Wahrscheinlichkeit erreicht werde. Bis Ende 2002 abgeschlossene Zielvereinbarungen entsprächen einem Anteil von

20% des gesamten CO₂-Ausstosses. Ziel der Agentur sei es, bis Ende 2003 einen Anteil von 40% zu erreichen.

Wer wird die Abgaben noch bezahlen?

Bundesrat Leuenberger und das BUWAL haben verschiedentlich angekündigt, dass die Einführung der CO₂-Abgabe trotz allen Anstrengungen ab 2004 unausweichlich sein werde.

Dem Vernehmen nach wird sich die Agentur der Wirtschaft nicht gegen die Einführung der Abgabe wehren. Diese Aussage lässt aufhorchen. Es liegt zwar auf der Hand, dass sich die von den Abgaben zum vornherein befreiten Kreise gegen deren Einführung nicht gross wehren.

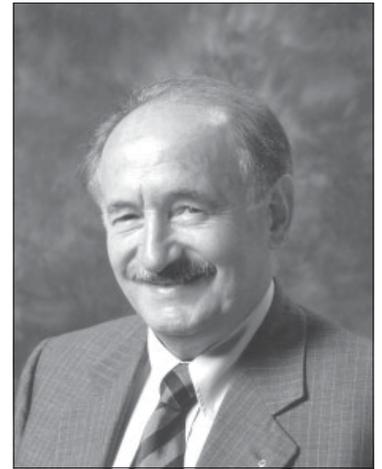
Schwieriger, wenn nicht unmöglich, ist eine messbare Zielerreichung bei den gewerblichen Branchen und den Kleinbetrieben. Je mehr Grossbetriebe von der Abgabe befreit werden, desto stärker

wird es die übrigen treffen. Einmal mehr werden dann die viel gerühmten KMU zur Kasse gebeten.

Die SVP hat das CO₂-Gesetz im Parlament bekämpft. Im Vordergrund standen dabei neben der Ablehnung neuer Abgaben die über die internationalen Verpflichtungen hinausgehenden Reduktionsziele. Das Kyoto-Abkommen sieht nämlich für die Schweiz eine Reduktionspflicht von 8 % bis 2010 vor. Demgegenüber verlangt das CO₂-Gesetz eine Reduktion von 10 %. Es ist nicht einzusehen, warum die Schweiz mit ihrem minimalen Beitrag von 0,2% der globalen CO₂-Emissionen strenger sein soll als die umliegenden Staaten. Auf weltweiter Ebene spielt es absolut keine Rolle, ob die Schweiz um 8 % oder um 10 % reduziert. Für die Schweiz kommt es hingegen sehr wohl drauf an. Es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb die Schweiz aus der internationalen Strategie ausbrechen und sich als Musterhändler hinstellen soll.

Widersprüche

Die Botschaft für die Ratifizierung des Kyoto-Abkommens liegt zurzeit beim Ständerat. Wird das Abkommen ohne Vorbehalt genehmigt, so ha-



► Nationalrat Christian Speck, Oberkulm (AG)

ben wir in unserem Land zwei verschiedenartige CO₂-Konzepte.

Wir verlangen von den Bundesbehörden dass diese Widersprüche ohne Schweizer Vorreiterrolle in der Klimapolitik geklärt werden. Die SVP wird deshalb der Ratifizierung nur zustimmen, wenn in den erwähnten Punkten Klarheit geschaffen wird. Bei der Schweizer Klimapolitik kommt man nicht um den Eindruck herum, dass bei uns bewusst strengere Massstäbe als im Ausland angesetzt werden, um auf alle Fälle die Einführung einer neuen Energiesteuer durchzudrücken. Es grenzt an Sturheit, das CO₂-Gesetz nicht an die gültigen internationalen Gegebenheiten anzupassen. ◀

swissvitro.ch

[die Schweiz auf Glas]

Ein Stück Schweizergeschichte wird versteigert

Einmalige Internetversteigerung
der historischen Glas-Druckvorlagen
der Schweizerischen Landeskarten
auf www.swissvitro.ch



**Der Hit im SVP Shop:
Original Victorinox Offiziersmesser
mit 12 Funktionen**

..... Expl.	Offiziersmesser	Original Victorinox	Fr.	20.--
..... Expl.	Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr.	6.--
..... Expl.	Jass	deutschschweizer Karten franz. Karten	Fr.	3.--
..... Expl.	Ballone	Sack à 50 Stück	Fr.	40.--
..... Expl.	Kugelschreiber		Fr.	2.50
..... Expl.	Feuerzeug	nachfüllbar	Fr.	5.--
..... Expl.	Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m	Fr.	100.--



Fr. 20.--

Alle Preise exkl. Versandkosten; inkl. MWST

Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch

STADLER
Clever Solutions auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
9565 Bussnang
Telefon 071 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch





Kosten werden massiv gesenkt

(SVP) Die SVP weist die Vorwürfe des „bürgerlichen“ Komitees gegen die Asylinitiative scharf zurück. Eine Annahme der Initiative wird ein abschreckendes Signal nach aussen geben und deshalb zu einer Abnahme der Asylzahlen und somit auch zu einer Kostenreduktion führen.

Die SVP unterstreicht, dass die von ihr geforderte Drittstaatenregelung mit der unserer Nachbarländer vergleichbar ist und in Verbindung mit einer Verstärkung des Grenzschutzes grosse Erfolge zeitigen wird.

Wie schon Bundesrätin Metzler hat auch ein Komitee aus FDP, CVP und Liberalen gegen die Asylinitiative behauptet, eine Annahme der Asylinitiative würde zu einem Kos-

tenschub im Asylwesen führen. Entweder haben die Initiativ-Gegner den Initiativ-Text nicht gelesen, oder sie haben keine besseren Gegenargumente. Anders lässt sich nicht erklären, wie sie zu dieser abenteuerlichen Behauptung kommen.

Die Annahme der SVP-Asylinitiative wird der Asylinidustrie (Schlepper und Drogenhandel) mit aller Klarheit kundtun, dass die Schweiz gewillt ist,

den ausufernden Asylrechtsmissbrauch endlich mit griffigen Massnahmen zu bekämpfen. Durch die verschärften Nichteintretenstatbestände (Drittstaatenregelung), das Arbeitsverbot und die Angleichung der Fürsorgebeiträge an europäische Standards wird die Schweiz für missbräuchlich Asyl Suchende an Attraktivität verlieren. Sinkende Asylzahlen führen zu einem erheblichen Rückgang der Ausgaben für das Asylwesen von gegenwärtig über einer Milliarde pro Jahr. Dies gilt nicht nur für die Lebenskosten der Asylsuchenden, sondern auch für die staatliche Bürokratie.

Ebenfalls zurückzuweisen ist die Behauptung, die von der Asylinitiative geforderte Dritt-

staatenregelung sei unpraktisch. Nachbarländer haben seit Jahren ähnliche Regelungen in Kraft, die funktionieren. Der Grund, weshalb dem SVP-Vorschlag die Praktikabilität abgesprochen wird, ist klar: Der politische Wille zur Verstärkung des Grenzschutzes fehlt im Bundesrat und bei den anderen Parteien. Genau dies verlangt aber die SVP als unabdingbare Begleitmassnahme zur Asylinitiative. Werden die Grenzen stärker geschützt, kann bei einer weit grösseren Zahl von Immigranten nachgewiesen werden, aus welchem sicheren Drittland sie eingereist sind. Dann kann aufgrund der bereits heute bestehenden Rückübernahmeabkommen die Rückschaffung durchgeführt werden. ◀

Wechseln Sie jetzt zu profiTEL:

Wechseln auch Sie zu profiTEL. Sie profitieren von günstigen Tarifen und unterstützen mit 10% Ihrer Telefongebühren die wertvolle Arbeit unserer Partei. Besten Dank für Ihre Anmeldung.

- **Sie unterstützen unsere Partei mit 10% Ihrer Telefongebühren.**
- **Sie behalten Ihre bisherige Nummer. Es ist keine technische Installation nötig.**
- **Sie telefonieren mit günstigen Tarifen.**
- **Die Umschaltgebühr übernimmt profiTEL für Sie.**

Anmeldung

Sie müssen nur das Anmeldeformular ausfüllen und alles Andere erledigen wir für Sie!

Ja, ich melde mich an und unterstütze mit 10% meiner Gesprächsgebühren die SVP, ohne dass dabei die Preise erhöht werden.

Herr Frau

Name Vorname

Adresse Postfach

PLZ/Ort E-Mail

Telefon Geburtsdatum (freiwillig)

Fax

ISDN

Bei einem ISDN-Anschluss geben Sie bitte alle ISDN-Nummer an.

Bitte hier Ihre zu unterstützende Kantonal- und Ortssektion eintragen:

Ort/Datum Unterschrift





Mit SAR Schuldenabbau ab 2005: Der Kanton Bern will seinen Finanzhaushalt konsequent sanieren

Mit der Doppelstrategie „Bern entschulden - Wirtschaftswachstum stärken“ stiegen die bürgerlichen Regierungsmitglieder in den Wahlkampf von April 2002. Die versprochene Entschuldung will man nun konsequent an die Hand nehmen.

Eine Motion der Finanzkommission des Grossen Rates forderte bereits im Jahr 2001 einen dezidierten Schuldenabbau. Der hohe Schuldenberg von 10,5 Mia. Fr. - das bedeutet allein täglich mehr als eine Mio. Fr. Zinsen - soll nun schrittweise reduziert werden, nachdem der Kanton Bern aus seiner jahrelangen Defizitwirtschaft herausgekommen ist.

Systematische Durchforstung

Durch die Motion der Finanzkommission wurde die Strategische Aufgabenüberprüfung der Regierung (SAR) ausgelöst. In mehreren hundert Stunden Klausur durchforstete der bernische Regierungsrat systematisch den Staatshaushalt. Jetzt liegt der SAR-Bericht vor und wird von der SVP-Kanton Bern durchgearbeitet. In der Novembersession hat der Grosse Rat ihn zur Kenntnis zu nehmen.

Bunter Strauss von Sparmöglichkeiten

Einsparungen schlägt der Regierungsrat in allen sieben Direktionen vor. Es ist ein bunter Strauss von Einsparungsmöglichkeiten, der zu einer breiten politischen Diskussion Anlass geben wird.

► Im Bereich der Spitalversorgung sollen beispielsweise durch Umwandlung mehrerer Bezirksspitäler in Polikliniken ab 2007 jährlich 21 Mio. Fr. eingespart werden können.

► Im öffentlichen Verkehr will der Regierungsrat sämtliche Postautolinien streichen, die im Durchschnitt von weniger als sechs Personen benutzt werden. Aufgehoben werden ebenfalls einzelne Kurse, die im Mittel von weniger als drei Personen benutzt werden.

► In der Volkswirtschaft soll der Staatsforstbetrieb grundlegend überprüft werden, hier ist der Abbau von 30 Stellen zu erwarten.

► Bei der Justiz- und Kirchendirektion wird der Abbau von 30 Pfarrstellen ab dem Jahr 2008 in Aussicht gestellt.

► Im Bereich Erziehungsdirektion ist unter anderem vorgesehen, die Weiterbildungspflicht der Lehrerinnen und Lehrer auf 50 Stunden pro Jahr zu reduzieren. Damit könnten 24 Stellen abgebaut werden.

► Bei der Polizeidirektion will der Regierungsrat die 80 Polizeiposten und -wachen auf deren 40 reduzieren. Damit werden keine Stellen abgebaut, aber rund 6,5 Mio. Fr.

eingespart. Die Infrastruktur soll besser ausgenutzt und optimiert werden. Die personellen Kräfte werden zwar auf die Zentren konzentriert. Mit einer höheren polizeilichen Mobilität soll aber die Präsenz der uniformierten Polizei in den Regionen laut Regierung deutlich steigen.

Insgesamt wird der Abbau von 570 Stellen innert vier Jahren in Aussicht gestellt.

Nur noch finanzierbare Leistungen

Für die Berner SVP ist die Motion der Finanzkommission teilweise erfüllt, deren Umsetzung erfolgt jedoch verspätet. Der aufgezeigte Weg muss konsequent weiter verfolgt werden, denn 400 Mio. Schuldzinsen pro Jahr belasten unser Budget unverhältnismässig. Der Kanton Bern darf in Zukunft nur noch Leistungen anbieten, die er auch finanzieren kann. Nur durch den Verzicht auf Aufgaben und gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum kann der Kanton finanziell gesunden.

Massnahmenkatalog muss erweitert werden

Um weitere Massnahmen kommt man im Kanton Bern deshalb nicht herum. Ein Zusatzbericht wird von der Regierung für nächsten Herbst in Aussicht gestellt. Die einzelnen Massnahmen werden zu diskutieren geben. Aber ohne SAR-Massnahmen, das zeigt



Kurzportrait

Die 52-jährige Haushaltungslehrerin / dipl. Bäuerin Therese Bernhard ist seit 8 Jahren Mitglied des Grossen Rates des Kantons Bern und seit Juni 02 Präsidentin der Finanzkommission. Therese Bernhard ist verheiratet und Mutter zweier Kinder. Vier Jahre (bis Oktober 02) bekleidete sie das Amt der Vizepräsidentin der SVP Kanton Bern.

der Finanzplan, würde die Schuldenlast bis 2006 um eine weitere Milliarde anwachsen. ◀

Am
24. November

JA

zur
Revision
der
Arbeitslosen-
versicherung!



10 Jahre SVP - wir feiern!

Bald ist es soweit - bei der SVP des Kantons St. Gallen steigt ein Fest! Am Samstag, 23. November 2002, kann die SVP Kt. SG auf 10 Jahre Parteiarbeit zurückblicken. Wir möchten das mit Ihnen zusammen feiern!

Wie Sie dem unten stehenden Programm entnehmen können, werden mit NR Dr. Christoph Blocher und Prof. Dr. Franz Jaeger sehr prominente Gäste referieren. Ebenfalls dürfen wir den „höchsten SVPler“, NR Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz, an unserem Fest begrüßen. Nebst den Reden und dem speziellen Festakt darf selbstverständlich auch die Unterhal-

tung nicht zu kurz kommen. Diese wird durch die „Nidbergschrinzer“ aus Mels und durch eine Ländlerkapelle garantiert.

Für die Mutigen unter Ihnen wird auch noch ein Bull-Riding-Wettbewerb durchgeführt, an dem jede/-r sein Können beweisen und einen tollen Preis gewinnen kann. Wir wünschen Ihnen jetzt

schon viel Glück!

Für die Hungrigen bietet die ARENA eine sehr umfangreiche Speisekarte mit verschiedenen Spezialitäten, die bereits ab 19.00 Uhr im Festzelt und im Speiselokal serviert werden. Das speziell für das Jubiläumsjahr lancierte SVP-Bier können Sie an einer eigens im Zelt dafür hergerichteten Bier-Theke erstehen.

Wie ist nun die ARENA in Thal zu finden? Sie liegt unmittelbar an der Autobahn-Ausfahrt „Thal / Rheineck“ und ist von Sargans sowie von Wil aus in etwa einer halben Stunde auf der Autobahn zu

erreichen. Von Sargans her kommend ist es die erste Ausfahrt nach St. Margrethen. Von Zürich/Wil her kommend, die erste Ausfahrt nach der Abzweigung nach Rorschach. Es stehen genügend Gratis-Parkplätze zur Verfügung.

Wir bitten um frühzeitiges Erscheinen und freuen uns jetzt schon, mit Ihnen dieses Jubiläum zu feiern! ◀

**Nationalrat Toni Brunner,
Kantonalpräsident**

Stärkste Partei im Kanton

(yb) **Als die SVP im Jahr 1992 gegründet wurde, war der Kanton St. Gallen fest in der Hand der CVP und der FDP. Doch zwischen der Haltung breiter Volksschichten und den Parolen der etablierten Parteien war eine Kluft entstanden. Mit der EWR-Abstimmung, bei der St. Gallen mit 62 % Nein stimmte, trat diese Entfremdung offen zutage. Das Terrain war somit für die SVP optimal vorbereitet.**

Im Oktober 1995 war der Nationalrat neu zu wählen. Die SVP trat erstmals zu Wahlen an. Für alle völlig überraschend - am meisten wohl für die SVP selber - konnte ein Sitz errungen werden. Als jüngster jemals gewählter Nationalrat zog Toni Brunner, Ebnat-Kappel, im Alter von 21 Jahren in die grosse Kammer ein. Ein paar Monate später gewann die SVP auch Sitze im kantonalen Parlament und konnte gleich in Fraktionsstärke auftreten.

Der grosse Durchbruch gelang bei den nationalen Wahlen 1999, als zum Sitz von Toni Brunner zwei weitere hinzukamen (Elmar Bigger, Vilters und Theo Pfister, Flawil). Mit 27.6 % Wähleranteil konnte die SVP sensationellerweise sogar die CVP überholen und wurde zur stärksten Kraft im Kanton. Im Jahr 2000 wurde dieses Glanzresultat auch in den kantonalen Wahlen betätigt. Die SVP SG steigerte ihre Sitzzahl im Kantonsrat von 14 auf 42.

Trotz ihrer grossen Erfolge besteht für die SVP in St. Gallen weiteres Wachstumspotenzial. In einem Kanton, der regelmässig mit der SVP und gegen die anderen Parteien stimmt (Goldinitiative, Solidaritätsstiftung, UNO-Beitritt, bewaffnete Auslandseinsätze, Mutterschaftsversicherung usw.) liegt noch einiges drin. Wir freuen uns auf die kommenden Nationalratswahlen! ◀

Programm

- 19.00 Uhr** Türöffnung Festzelt, Volkstümliche Unterhaltung
 - 20.15 Uhr** Jubiläumsveranstaltung
Begrüssung durch NR Toni Brunner, Kantonalpräsident
Festakt 10 Jahre SVP Kanton St. Gallen
Grussbotschaft von NR Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz
Unterhaltung mit den „Nidbärgschrinzer“
Festrede von Prof. Dr. Franz Jaeger, Uni St. Gallen: „Hat die Schweiz eine Zukunft?“
Festrede von NR Christoph Blocher: „Hat die SVP eine Zukunft?“
 - 22.15 Uhr** Ende des offiziellen Teils
- Anschliessend gemütliches Beisammensein im SVP-Festzelt oder Abtanzen in der Diskothek Arena**

La Suisse romande s'intéresse à vos produits!

Aktiv werden in der französischen Schweiz!
Sprachlich sauber, fachlich kompetent. Wir begleiten Sie.

Redaktion und Produktion von zweisprachigen Fachzeitschriften, Firmenzeitungen und Werbeschriften. Kompetent, attraktiv, modern.

Übersetzungen deutsch ▶ französisch und französisch ▶ deutsch in Technik, Wirtschaft und Politik - fachgerecht übersetzt und sprachlich sauber redigiert.

Edition et Communication 1789 Lugnorre
Tel 026 673 02 22 Fax 026 673 02 24 Mail edcomfroe@bluewin.ch

Gegen alten und neuen Antisemitismus!

Im Namen Gottes des Allmächtigen! So beginnt unsere Bundesverfassung von 1999, so haben die beiden Verfassungen vor ihr begonnen. Die Anrufung Gottes steht am Anfang der alteidgenössischen Bünde. Darin liegt ein republikanischer Grundsatz: Das gesetzte Recht, Bundesrecht oder Verfassungsrecht, steht über jedem einzelnen Menschen. Das Volk und die Stände, die dieses Recht setzen, rufen Gott *direkt* an. Volk und Kantone der Schweiz erklären sich so bereits in den ersten fünf Worten ihres Grundgesetzes für frei und selbstverantwortlich.

Die eidgenössischen Orte haben sich *am Anfang ihrer Geschichte* als christlich verstanden, das weisse Kreuz auf den Wämsern der Krieger war bei Laupen 1339 eindeutig als *christliches* Kreuz gemeint. Die Einsicht, dass es nicht möglich war, einen gemeinsamen, in Doktrin und Kultus einheitlichen christlichen Weg zu Gott zu finden, bezahlten unsere Vorfahren mit drei Bürgerkriegen. Die Erkenntnis, dass sich die Suche nach der transzendentalen Wahrheit nicht auf das Christentum beschränken konnte und sollte,

brach sich erst im 19. Jahrhundert Bahn. Von wirklicher Gleichberechtigung der jüdischen Schweizer kann erst seit den grundlegenden Verfassungsänderungen von 1866 und 1874 die Rede sein. Seither aber kennen wir auch im praktischen politischen Leben jenen religionsübergreifenden Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit, auf den wir zurecht stolz sind. Das *weisse Kreuz* ist so zum *gemeinsamen Symbol aller Schweizerinnen und Schweizer geworden*. Zum weissen Kreuz sind sie in den Zeiten der beiden Weltkriege und des Kalten Krieges gestanden und haben dadurch das Lebensrecht eines republikanischen, demokratischen, multikulturellen Kleinstaates in einem zuerst mehrheitlich monarchischen und dann stark totalitären Europa behauptet.

An diese mit der Waffe in der Hand verteidigte Tradition der Toleranz gilt es heute zu denken, wo klare Anzeichen das Wiederaufflammen des *alten* Antisemitismus und das Entstehen eines *neuen* erkennen lassen. Der alte Antisemitismus richtet sich gegen die Juden, der neue Antisemitismus richtet sich gegen die Araber

und im weiteren Sinn gegen den Islam. *Beide* Geisteshaltungen sind *mit unserer Verfassung* nicht vereinbar. Beide Geisteshaltungen sind *mit unseren Interessen* nicht vereinbar. Beachten wir, was dieses Land seit einem guten Jahrhundert für wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen und politischen Nutzen von Angehörigen seiner jüdischen Gemeinden gehabt hat und welchen unermesslichen Schaden sich einzelne unserer Nachbarländer (und vor allem eines) durch ihre kurzen aber teuflisch tiefgreifenden Phasen des offiziellen Antisemitismus zugefügt haben! Nach all diesen Erfahrungen dem *alten* Antisemitismus die Tore wieder zu öffnen oder einen *neuen* einzulassen, würde die Schweiz über kurz oder lang denselben Nachteilen aussetzen.

Die Bekämpfung des Antisemitismus ist eine Frage des Gewissens, eine Frage der Verfassungstreue, eine Frage des Landesinteresses. Alle Angehörigen *aller* Glaubensrichtungen dürfen mit unserer Toleranz und mit unserem Respekt rechnen, niemand aber darf diese Toleranz und diesen Respekt mit einem Mangel an Entschlossenheit



► Bundesrat Samuel Schmid

verwechseln, den Landesgesetzen Nachachtung zu verschaffen. Toleranz und Respekt sind Güter, die geniessen soll, wer die Normen respektiert! Dies vorausgesetzt, bleibt es dann allerdings auch in einem weiteren Sinne bei jener Beurteilung, die mitten im Kriege von der Sektion *Heer und Haus* ganz amtlich den Schweizer Truppenkommandanten mitgeteilt worden ist: „*Der Antisemitismus ist ein Einfallstor für die fremde Propaganda.*“ Wenn wir ihn 1943 nicht über die Schweizer Grenze gelassen haben, werden wir gewiss gut daran tun, vor ihm auch 2002 den Schlagbaum nicht zu heben. ◀

Kurzmeldungen

Erfolge in Zug und Jura



Die Kommunalwahlen vom 6. Oktober im **Kanton Zug** wurden für die SVP zu einem vollen Erfolg. Insgesamt konnte die SVP ihre Sitzzahl in den Gemeinderäten **von 3 auf 8** erhöhen, womit sie drittstärkste Kraft wurde. In den Gemeinderäten von Cham, Steinhausen, Hünenberg, Unterägeri und Menzingen legte die SVP je einen Sitz zu. In 4 weiteren Gemeinden wurde ein zusätzlicher Exekutivsitze um lediglich 4-19 Stimmen verpasst. Im Parlament der Stadt Zug, dem Grossen Gemeinderat, gewann die SVP 2 Sitze dazu. Die Gewinne erfolgten grösstenteils auf Kosten der CVP. ◀



Am 20. Oktober fanden im **Kanton Jura** Kantonsratswahlen statt. Seit 1979 hielt die SVP im 60-köpfigen Parlament stets einen Sitz und beschränkte sich darauf, im grössten Bezirk Delémont anzutreten. In diesem Jahr legte die SVP unter einem neuen Präsidenten erstmals in allen drei Bezirken eine Liste vor. Der Einsatz hat sich gelohnt: Der Wähleranteil stieg von **2.3 % auf 5.6 %** an, was für einen zweiten Sitz auf Kosten der FDP reichte. Leider wurde das Ziel, mit drei Sitzen eine eigene Fraktion bilden zu können, knapp verfehlt. ◀